

Arbeitsmaterialien für Lehrkräfte

Kreative Ideen und Konzepte inkl. fertig ausgearbeiteter Materialien und Kopiervorlagen für einen lehrplangemäßen und innovativen Unterricht

Thema: Gesellschaftslehre, Ausgabe: 11

Titel: Von der Diktatur zum Rechtsstaat: Die Bundesrepublik Deutschland (26 S.)

ProduktHinweis zur »Kreativen Ideenbörse Sekundarstufe«

Dieser Beitrag ist Teil einer Print-Ausgabe aus der »Kreativen Ideenbörse Sekundarstufe« der Mediengruppe Oberfranken – Fachverlage GmbH & Co. KG*. Den Verweis auf die jeweilige Originalquelle finden Sie in der Fußzeile des Beitrags.

- ▶ Alle Beiträge dieser Ausgabe finden Sie [hier](#).

Seit über 15 Jahren entwickeln erfahrene Pädagoginnen und Pädagogen kreative Ideen und Konzepte inkl. sofort einsetzbarer Unterrichtsverläufe und Materialien für verschiedene Reihen der Ideenbörse.

- ▶ Informationen zu den Print-Ausgaben finden Sie [hier](#).

* Ausgaben bis zum Jahr 2015 erschienen bei OLZOG Verlag GmbH, München

Beitrag bestellen

- ▶ Klicken Sie auf die Schaltfläche **Dokument bestellen** am oberen Seitenrand.
- ▶ Alternativ finden Sie eine Volltextsuche unter www.eDidact.de/sekundarstufe.

Piktogramme

In den Beiträgen werden – je nach Fachbereich und Thema – unterschiedliche Piktogramme verwendet. Eine Übersicht der verwendeten Piktogramme finden Sie [hier](#).

Nutzungsbedingungen

Die Arbeitsmaterialien dürfen nur persönlich für Ihre eigenen Zwecke genutzt und nicht an Dritte weitergegeben bzw. Dritten zugänglich gemacht werden. Sie sind berechtigt, für Ihren eigenen Bedarf Fotokopien in Klassensatzstärke zu ziehen bzw. Ausdrucke zu erstellen. Jede gewerbliche Weitergabe oder Veröffentlichung der Arbeitsmaterialien ist unzulässig.

- ▶ Die vollständigen Nutzungsbedingungen finden Sie [hier](#).

Haben Sie noch Fragen? Gerne hilft Ihnen unser Kundenservice weiter:

[Kontaktformular](#) | ✉ Mail: service@eDidact.de

✉ Post: Mediengruppe Oberfranken – Fachverlage GmbH & Co. KG
E.-C.-Baumann-Straße 5 | 95326 Kulmbach

☎ Tel.: +49 (0)9221 / 949-204 | 📠 Fax: +49 (0)9221 / 949-377

<http://www.eDidact.de> | <https://www.bildung.mgo-fachverlage.de>

Vorüberlegungen

Lernziele:

- Die Schüler sollen einen kurzen Überblick über die unmittelbare Nachkriegszeit in Deutschland erhalten.
- Die Schüler sollen erkennen, dass die im Grundgesetz verankerten Grundrechte ein Ergebnis schmerzhafter Erfahrungen der deutschen Bevölkerung sind.
- Die Schüler sollen die Möglichkeit erhalten, aus „ihrer Zeit“ heraus diese Grundrechte kritisch zu hinterfragen.
- Die Schüler sollen reflektieren, inwieweit sie bereit sind sich für ihre Grundrechte zu engagieren.

Anmerkungen zum Thema (Sachanalyse):

Als am 30. April 1945 sich Adolf Hitler durch Selbstmord seiner Verantwortung gegenüber den vielen Gedeemütigten entzog, erfolgte am 8. und 9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst die Unterzeichnung der **Kapitulationsurkunde** der Deutschen Wehrmacht.

Damit war der 2. Weltkrieg in Europa zu Ende und für die Deutschen auch eine Diktatur, die unmenschliche Ausmaße angenommen hatte.

Obwohl noch im Kriegsjahr 1943 auf der Konferenz in Teheran Stalin (UdSSR) den Vertretern der USA und Großbritanniens eine Teilung Deutschlands vorgeschlagen hatte, setzte er sich nun 1945 für eine Erhaltung der Einheit Deutschlands ein. Ziel der sowjetischen Regierung war es ihren kommunistischen Machtbereich zu erweitern.

Am 5. Juni 1945 übernahmen die Alliierten, die UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich, mit der sog. Juni-Deklaration die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Aus den Oberkommandierenden der Besatzungstruppen wurde in Berlin der „**Alliierte Kontrollrat**“ gebildet, der als höchstes Machtorgan für ganz Deutschland zuständig war. Die einzelnen besetzten Zonen behielten jedoch ihre Entscheidungshoheit und konnten weiterhin Gesetze und Befehle erlassen.

Doch mit dieser Verfahrensweise war eine getrennte Entwicklung in allen vier Besatzungszonen vorprogrammiert.

Die drei **Westmächte** USA, Frankreich und Großbritannien mussten in der folgenden Zeit feststellen, dass mit der Regierung der UdSSR keine einheitliche Regelung über die Wiedererrichtung eines neuen deutschen Staates zustande kommen würde, und beschlossen deshalb einen „**westdeutschen Staat**“ mit einer gemäßigten föderativen Ordnung zu errichten. Als Leitziel formulierten sie in einem Dokument, das sie am 1. Juli 1948 den Ministerpräsidenten der inzwischen neu geschaffenen westdeutschen Länder in Frankfurt übergaben (sog. Frankfurter Dokument Nr. 1), dass die Verfassungsgebende Versammlung eine demokratische Verfassung mit föderalistischem Charakter ausarbeiten möge, da diese Regierungsform am besten geeignet sei, die gegenwärtige zerrissene deutsche Einheit wieder herzustellen.

In der **sowjetisch besetzten Zone** hingegen wurden bereits die Weichen für eine „**Volksdemokratie**“ nach dem Vorbild der UdSSR gestellt. Kommunisten aus Moskau siedelten sich bereits deswegen unmittelbar vor der Kapitulation Deutschlands in Berlin, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern an, damit diese Pläne verwirklicht werden konnten.

5.5

Von der Diktatur zum Rechtsstaat: Die Bundesrepublik Deutschland

Vorüberlegungen

Um eine reibungslose Eingliederung in den Ostblock zu ermöglichen, wurde die „sowjetische Militäradministration in Deutschland „SMAD“ geschaffen, die alle Machtbefugnisse in den Nachkriegsjahren besaß. Dieser „Schachzug“ sicherte die „Bestrafung“ Deutschlands durch Reparationen an die UdSSR und nahm letztlich entscheidenden Einfluss auf die Neugestaltung von Politik, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung des besetzten Gebiets, das dann 1949 als DDR in den Ostblock „aufging“.

Während in den westlichen Besatzungszonen mit der Bekanntgabe und Veröffentlichung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949, das für alle Deutschen sprechen sollte, eine Zeit der Freiheit, des Aufbaus und Wohlstands begann, mussten die Menschen in der DDR weitere 40 Jahre in einer kommunistischen Diktatur ohne Mitspracherechte leben.

Erst mit der Auflösung des DDR-Staats und der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 erhielten die Bürger der DDR alle Grundrechte, die bereits 1949 auch für sie im Grundgesetz festgeschrieben wurden.

Didaktisch-methodische Reflexionen:

Das neue **Zuwanderungsgesetz** erwartet von den Zuwanderungswilligen nicht nur die Kenntnis der deutschen Sprache, sondern auch die Kenntnis der jüngeren deutschen Geschichte. So „drücken“ z.B. Zuwanderer, Asylsuchende, Spät-Aussiedler, Kinder aus der ehemaligen DDR und Einheimische gemeinsam die Schulbank und allen soll ein sog. Grundwissen vermittelt werden.

Damit diese Unterrichtseinheit gelingen kann, soll mit einem Bild (vgl. **Texte und Materialien M 1**) sowie dem Text „*Politische Häftlinge in der SBZ*“ (vgl. **Texte und Materialien M 2**) eine persönliche Betroffenheit aller Schüler erreicht werden.

Mit der Bildung von Parteien, die sich zu den ersten freien Landtagswahlen aufstellen ließen, erhalten die Schüler anhand der *Wahlplakate* (vgl. **Texte und Materialien M 3**) die Möglichkeit sich mit den formulierten Zielen auseinander zu setzen.

Um eine Demokratisierung in Deutschland nicht zu gefährden, zogen die Alliierten an einem Strang und führten eine groß angelegte Entnazifizierung durch, die in den „*Nürnberger Prozessen*“ (vgl. **Texte und Materialien M 4**) gipfelte. Diese Problematik soll von den Schülern diskutiert werden.

Der Text des *Frankfurter Dokuments Nr. 1* (vgl. **Texte und Materialien M 5**) sowie die Arbeit der Ministerpräsidenten auf *Herrenchiemsee* (vgl. **Texte und Materialien M 6**) führt die Schüler in das Thema einer neuen Staatsgründung ein.

Wie arbeitsintensiv und kontrovers um die neue Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland „gestritten“ wurde, soll die Arbeit des „*Parlamentarischen Rats*“ in Bonn (vgl. **Texte und Materialien M 7**) den Schülern deutlich machen.

Warum die Bevölkerung nur wenig Interesse an der Arbeit des Parlamentarischen Rats und der Abfassung des Grundgesetzes hatte, soll mithilfe von Presseberichten geklärt werden (vgl. **Texte und Materialien M 8**).

Die Schüler werden mit dem **Pressebericht**, „*Geburtsstunde des neuen Deutschland*“ (vgl. **Texte und Materialien M 9**) in die Zeit von 1949 zurückversetzt und erhalten Gelegenheit diese zu reflektieren.

Vorüberlegungen

Mithilfe des **Fallbeispiels** „*Mehmet darf zurück nach Deutschland*“ (vgl. **Texte und Materialien M 10**) sollen die Schüler mögliche „Schwächen“ einer Demokratie erkennen können.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist einmalig und berücksichtigt mit den Grundrechten jeden einzelnen Menschen. Trotzdem ist eine allgemeine Politikverdrossenheit bei jungen und älteren Menschen zu erkennen. Woran dieses liegt, soll von den Schülern mithilfe des Textes „*Streit um gläsernen MdB*“ (vgl. **Texte und Materialien M 11**) erarbeitet werden.

Die einzelnen Unterrichtsschritte im Überblick:

1. Schritt: Motivation: Das Leben im Nachkriegsdeutschland in Text und Bild
2. Schritt: Die Bildung von Parteien wird erlaubt und erste freie Landtagswahlen finden statt
3. Schritt: Eine gründliche Entnazifizierung soll die junge Demokratie schützen
4. Schritt: Der Auftrag an die Ministerpräsidenten: „Schaffen Sie eine Demokratie!“
5. Schritt: Das „Tauziehen“ um eine neue deutsche Verfassung beginnt in Bonn
6. Schritt: Die Bürger nehmen kaum Anteil an der Arbeit des Parlamentarischen Rats
7. Schritt: Die Bundesrepublik ist „geboren“
8. Schritt: Der „Fall Mehmet“ und die Demokratie
9. Schritt: Der „gläserne Politiker“ – eine Frage der Ehre

5.5

Von der Diktatur zum Rechtsstaat: Die Bundesrepublik Deutschland

Vorüberlegungen

VORSCHAU